

LANDESVERBÄNDE BADEN-WÜRTTEMBERG

SONDERPÄDAGOGIK

Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen (BDH)



Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik (VBS)



Verband Sonderpädagogik (vds)



Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik (dgs)



Fachgespräch der vier sonderpädagogischen Fachverbände mit Mitgliedern des Landtags am 11.03.2015

Anlässlich der Entwurfsfassung des neuen Schulgesetzes, die am 24.02.15 dem Landtag zur Aussprache vorgestellt wurde, luden die Vertreter der sonderpädagogischen Fachverbände BDH, dgs, VBS und vds Abgeordnete des Landtages zu einem parlamentarischen Abend ein. Der Abend fand in den Räumen der Nikolauspflege im frühlingshaft geschmückten Konferenzzimmer statt.

Für das leibliche Wohl hatten die Auszubildenden des BBW der Nikolauspflege gesorgt.



Der Einladung folgten sechs Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen: Josef Frey (Grüne), Klaus Käppeler (SPD), Viktoria Schmid (CDU), Volker Schebesta (CDU), Dr. Monika Stolz (CDU), Harald Paulsen (FDP) als Vertreter für Dr. Timm Kern (FDP). Anhand von vier Schwerpunktthemen entwickelte sich ein intensiver Austausch.



Hervorgehoben wurde von den Vertretern der Verbände Ludger Bernhard, Ada Jacobsen (BDH), Ulrike Bauer-Murr, Dietmar Stephan (VBS), Kristina Brune, Dr. Anja Theisel (dgs) und Michael Rehberger (vds) das umsichtige Vorgehen des

Bildungsministeriums im Prozess der Schulgesetzänderung. Anregungen der Praktiker, Erfahrungen aus funktionierenden inklusiven Settings wie Außenklassen sowie Erfahrungen aus den Schwerpunktregionen seien in den Gesetzesentwurf eingeflossen.

Die Vertreter der Fachverbände verwiesen jedoch auch auf einige Unklarheiten und äußerten Kritik an möglichen Regelungen: Wird es in der Zukunft in Verantwortung der allgemeinen Schulen in inklusiven Settings nur noch Gruppen geben, die aus Kindern mit unterschiedlichen Behinderungsarten zusammengesetzt sind und zieldifferent unterrichtet werden? Werden z.B. kooperative Gruppen (Außenklassen), die sich in der Vergangenheit bewährt haben, zukünftig bezüglich der Versorgung schlechter gestellt sein? Wie wird die Qualität in inklusiven Bildungsangeboten gesichert? Werden bei der Ausgestaltung der SBBZ private und öffentliche Träger gleichermaßen einbezogen sowie regionale und überregionale Strukturen berücksichtigt? Wie wird in den Bildungswegekongressen das spezifische Know How gesichert? Wie wird die Versorgung mit gut ausgebildeten Sonderschullehrern gesichert, wenn - wie jetzt der Fall - die Pädagogischen Hochschulen im Lande nur wenige Studienplätze bereithalten?

Der Gesetzesentwurf ist an einigen Stellen offen formuliert und interpretierbar. Weitere, untergesetzliche Regelungen müssen getroffen werden. Die Vertreter der Regierungsfractionen bestätigten, dass auch bei der Festlegung der untergesetzlichen Regelungen Praktiker hinzu gezogen und die Verbände in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollen. Das spricht für ein besonnenes Vorgehen und Augenmaß und lässt hoffen, dass die Fehler, die in anderen Bundesländern begangen wurden, in Baden-Württemberg vermieden werden können.

Wir danken allen Beteiligten für den konstruktiven Austausch!

Ulrike Bauer-Murr
Landesvorsitzende VBS
Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik
www.vbs-gs.de

Ada Jacobsen
Landesvorsitzende BDH
Berufsverband Deutscher
Hörgeschädigtenpädagogen
www.bdh-bw.de/

Michael Rehberger
Landesvorsitzender vds
Verband Sonderpädagogik
www.verband-sonderpaedagogik.de

Dr. Anja Theisel
Landesvorsitzende dgs
Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik
www.dgs-ev.de